

## Haushaltsrede 2024 von Stadtkämmerer Klaus-Dieter Schmelzer:

### 1. Einleitung (ChatGPT)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich stehe heute vor Ihnen, um über die Haushaltssituation unserer Stadt Markgröningen im nächsten Jahr 2024 zu sprechen. Es ist meine Pflicht, Ihnen ehrlich zu berichten, dass wir in diesem Jahr mit einer äußerst schwierigen finanziellen Lage konfrontiert sind.

Die jüngsten Entwicklungen haben uns leider ein negatives ordentliches Ergebnis beschert, was bedeutet, dass unsere Aufwendungen die Erträge bei weitem übersteigen. Dies ist eine ernste Herausforderung die wir gemeinsam angehen müssen. Unser Hauptziel ist es, unsere finanzielle Stabilität wiederherzustellen um die Lebensqualität in Markgröningen zu bewahren. Eine der Hauptursachen für unsere finanzielle Schieflage sind die fehlenden liquiden Mittel. Dies bedeutet, dass wir nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um unsere laufenden Verpflichtungen zu erfüllen und notwendige Investitionen in die Stadtinfrastruktur und Dienstleistungen zu tätigen. Dies ist inakzeptabel und erfordert dringende Maßnahmen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sind harte Entscheidungen und Opfer zu erbringen.

Wir werden unsere Ausgaben überprüfen und effizientere Wege finden, wie wir unsere finanziellen Ressourcen nutzen können. Dies kann bedeuten, dass bestimmte Projekte oder Programme verschoben oder reduziert werden müssen. Gleichzeitig werden wir alles daransetzen, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, sei es durch verbesserte Steuereinnahmen, Kooperationen oder andere Mittel. Wir werden die Unterstützung von Land und Bund suchen, um unsere finanzielle Situation zu stabilisieren. Dies sind schwierige Zeiten, aber ich glaube fest daran, dass Markgröningen in der Lage ist, diese Herausforderungen zu bewältigen. Mit dem Engagement und der Zusammenarbeit aller Bürgerinnen und Bürger können wir unseren Weg aus dieser schwierigen finanziellen Lage finden und unsere Stadt weiterhin zu einem großartigen Ort machen.

Was fällt Ihnen hier auf? Dieser Absatz wurde mit künstlicher Intelligenz über ChatGPT erzeugt. Zugegeben, es sind allgemein gehaltene und vielleicht etwas oberflächliche Aussagen, aber ich denke der Kern stimmt. Es ist auch ein Fingerzeig, welche Möglichkeiten uns die Digitalisierung und KI zukünftig bieten können.

### 2. Allgemeine Aussagen zur aktuellen Situation

Die Corona-Pandemie haben wir nahezu überwunden. Die Wissenschaft hat in Rekordzeit einen wirksamen Impfstoff erforscht, der den Schrecken dieser Krankheit genommen hat. Die Energiemangel-Lage im letzten Winter konnten wir ohne Black-Out überstehen. In Rekordzeit wurden LNG-Terminals genehmigt und gebaut. Die Gasspeicher für diesen Winter sind gefüllt. Unsere Räume bleiben warm. Die Arbeitslosigkeit ist trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation auf niedrigem Niveau. Und wir leisten trotz schwierigster Rahmenbedingungen eine Vielzahl von

Aufgaben. Wir können Krisen meistern! Wir sind, wenn man uns lässt, in Deutschland in der Lage schnell, effektiv und unbürokratisch zu handeln. Wir sind an den an uns gestellten Herausforderungen gewachsen. Die Kommunen sind verlässliche Krisenmanager für den Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz, für die Unterbringung von geflüchteten Personen, die Sicherung der Energieversorgung und für vieles mehr und das alles in sehr bewegten Zeiten.

Aber die Welt in der aktuellen Gegenwart ist insgesamt unberechenbarer geworden. Es erscheint der Eindruck, dass sich die Welt immer mehr teilt. Die globalen Lieferketten und die Abhängigkeiten von Rohstoffen und Ressourcen machen das Handeln immer schwieriger. Und über alldem schwebt ein mit unverminderter Kraft voranschreitender Klimawandel mit massiven Folgen und Konsequenzen für unsere Umwelt.

Sorge bereitet mir schon lange, das Auseinanderdriften von der politischen Diskussion und der realen Lebenswelt. Und eigentlich ist es uns allen klar, dass nicht alle politische Versprechen so eingehalten werden können. Auch die Ausweitung von Ansprüchen, das Erhöhen der ohnehin hohen Standards, mit dem vermeintlichen Ziel eines einzelfallgerechten Fürsorgestaats, ist so nicht mehr umsetzbar. Manchmal sind es auch die einfachen Wahrheiten, die wichtig sind. Worten müssen unbedingt auch Taten folgen.

Heruntergebrochen auf uns als kommunales Gemeinwesen, müssen wir diese ernste Lage annehmen und akzeptieren. Wir müssen feststellen, dass unsere beschränkten Mittel für immer weniger Aufgaben ausreichen werden, mit der Folge für uns, dass wir sorgfältiger und umsichtiger mit unseren Ressourcen - Geld, Personal, Energie und Zeit - umgehen müssen. Es geht dabei um die Konzentration auf das wirklich Wichtige, es geht um Prioritäten und die Fokussierung auf das Wesentliche und Notwendige.

### 3. Ergebnishaushalt:

Zwischen der Erstellung der Vorlage zum Haushaltsentwurf und der heutigen Sitzung fand die Oktober-Steuerschätzung mit der Herbstprojektion und der Fortschreibung des Haushaltserlasses durch das Land statt. Dazu wurden die Schlüsselzahlen für den Einkommen- und Umsatzsteueranteil neu festgelegt. Die Auswirkungen sind in den Nachmeldungen der Verwaltung abzulesen. Kurz zusammengefasst werden die Jahre 2024 und 2025 finanziell schlechter und die Jahre 2026 und 2027 wirtschaftlich besser. Im Saldo dürfen wir in 4 Jahren eine Verbesserung von rund 600.000 € feststellen.

In meinen Ausführungen beziehe ich mich auf die Zahlen der Nachmeldungen und werfe dabei immer auch einen Blick auf die Finanzplanung. Denn nur damit haben wir den so wichtigen Blick auf das Ganze. Genauso wie Sie als Stadtrat immer die Sicht auf das große Ganze haben sollten.

Der Ergebnishaushalt hat auf der Ertragsseite ein Volumen von 48,6 Mio. €. Die Aufwandseite schlägt mit 50,7 Mio. € zu Buche. Zieht man das „finanziell gute“ Jahr 2020 zum Vergleich heran, so sind die Erträge binnen 4 Jahre um 8,9 Mio. € und die Aufwendungen um 11,8 Mio. € angewachsen. Die Steigerung beider Volumina um fast ein Viertel in diesem relativ kurzen Zeitraum, macht die Dynamik der Situation deutlich.

Wir spüren deutlich, dass die Preissteigerung sich genauso auf die kommunale Wirtschaftstätigkeit auswirkt, wie die massiv gestiegenen Zinsen.

Somit erreichen wir nur ein negatives ordentliches Ergebnis von – 2,2 Mio. €, was heißt, dass wir weder unsere Abschreibungen sprich den Wertverzehr erwirtschaften, noch das wir generationengerecht handeln. Und dies wird sich auch in den kommenden 3 Jahren nicht ändern. Denn in der Summe häuft sich ein Minus von 7,7 Mio. € auf. Damit rücken die zusätzlichen Einnahmen von 600.000 € in ein neues Licht.

Und dieser Umstand sollte uns große Sorgen bereiten. Denn beim Blick in die Zukunft sehe ich am Horizont leider keinen Silberstreif.

Die Erträge aus den Steuern und Steuerzuweisungen belaufen sich auf 25,5 Mio. €. Darin enthalten sind unsere eigenen Steuern mit rund 45 %. Den Rest machen die Steueranteile für die Einkommen- und Umsatzsteuer sowie den Familienleistungsausgleich aus. Erfreulicher Weise ist die Schlüsselzahl für den Einkommensteueranteil leicht angestiegen, so dass dieser wichtige Ansatz nicht weiter absinkt. Aber auch hier ist der Anteil am Gesamthaushalt im Vergleich zu 2020 spürbar zurückgegangen. Die positive Dynamik bei den Einnahmen früherer Jahre lässt spürbar nach.

Die Gewerbesteuer ist in Markgröningen eine relativ verlässliche und stabile Größe, aber mit 8 Mio. € auf deutlich zu geringem Niveau. Bei unserem Aufgabenspektrum bräuchten wir die doppelte Summe. Deshalb sind weitere Flächen für das Gewerbe unerlässlich, wobei wir alle genau wissen wie lange der Prozess dauert, bis tatsächlich neue Flächen vorhanden sind, wo sich Unternehmen ansiedeln werden. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass ohne eine kraftvolle einheimische Wirtschaft keine Wirtschaftstransformation und kein Klimawandel zu schaffen ist.

Ich habe in meiner Kämmerer-Laufbahn schon viele Hebesatzdiskussionen um die Grundsteuer B erlebt. Und ich stelle immer wieder fest, dass es selten um Fakten, sondern mehr um Emotionen, um vermeintliche Zumutungen oder vergleichbares geht. Zum Glück endet dies meist in einem demokratischen Kompromiss, der aber den tatsächlichen Finanzbedarf deutlich zu wenig Rechnung trägt. Letztendlich haben wir uns im Gremium auf einen Hebesatz von 450 % verständigt, was Mehreinnahmen von rund 160.000 € pro Jahr bedeutet. Angesichts des Defizits von 2,2 Mio. € deutlich zu wenig.

Eines möchte ich aber auch dieses Jahr deutlich aussprechen: Es kann nicht sein, dass wir als Kommune sprichwörtlich gesagt immer am Ende der „Nahrungskette“ hängen und schauen sollen, wie wir irgendwie zurechtkommen.

Unsere Zuweisungen und Zuwendungen in Höhe von rund 15 Mio. € basieren auf den Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Zum einen sind es die Zuweisungen nach unserer Steuerkraft, die den Schwankungen des Finanzausgleichs unterliegen, zum anderen sind es die Gelder vom Land, vor allem für den Betrieb unserer Kitas und Schulen.

Bei den anderen Erträgen finden wir unsere Gebühren, Entgelte und Beiträge. Hier haben wir im Sommer mit dem Gemeinderat einen Fahrplan über die zukünftigen und vor allem regelmäßigen Erhöhungen vereinbart. Hierzu kommen noch Konzessions-

abgaben aus den verschiedenen Sparten sowie Zinserträge und Gewinnausschüttungen des Eigenbetriebs Wasserwerk. Ich möchte heute schon ankündigen, dass wir für das Jahr 2025 eine außerplanmäßige Gewinnausschüttung in Höhe von 1 Mio. € aus dem Eigenbetrieb Wasserwerk vornehmen möchten und den Betrag abzgl. Steuern jetzt schon in die Finanzplanung 2025 aufgenommen haben.

Die Aufwandsseite beinhaltet die Ausgaben für alle denkbaren Sach- und Dienstleistungen. Diese Kosten steigen zu 2023 von 9,4 auf 10,6 Mio. €, weil die Preissteigerungen auch bei uns keinen Halt macht und weil wir mangels von Investitionen, deutlich mehr Geld in den Unterhalt stecken müssen.

Das Ergebnis der letzten Tarifrunde spiegelt sich nun in der Erhöhung der Personalaufwendungen von nahezu 2 Mio. € gegenüber 2023 wieder. Die Personalkosten in Höhe von 18,2 Mio. € machen nun rund 36 % unseres gesamten Haushaltsvolumens aus. Diese Quote steigt vor allem wegen den ständig wachsenden Aufgaben der Kommunen im Bildungs- und Betreuungsbereich. Und wir benötigen nun neben dem Betreuungsbereich verstärkt Personal für den Klima- und Katastrophenschutz, für die Betreuung von Geflüchteten und natürlich für die Klima- und Wärmewende.

Aber wir spüren es doch alle: es herrscht ein branchenübergreifender Arbeitsplatzmangel. Dieser Mangel kann vielleicht durch gezielte Maßnahmen etwas verkleinert werden. Aber es ist eine unausweichliche Wahrheit, dass es aufgrund der begrenzten Personalressourcen dazu kommen wird, dass nicht mehr alles was heute angeboten und versprochen wird auch tatsächlich zukünftig geleistet werden kann.

Die Transferaufwendungen als Pendant zu den FAG-Zuweisungen kosten uns 2024 16,2 Mio. €. Genau betrachtet werden mehr oder weniger unsere gesamten Zuweisungen von diesem Ausgabenblock aufgefressen. Und die Tendenz zeigt weiter nach oben. Die Kreisumlage wird aufgrund der zusätzlichen Belastungen für den Landkreis in den nächsten Jahren stark ansteigen. Neue Kindergärten in kirchlicher oder privater Trägerschaft bedeuten in Zukunft weitere zusätzliche Aufwendungen für den städtischen Haushalt.

Um das Ergebnis ein bisschen erträglicher zu gestalten, haben wir wieder ein globale Minderausgabe von 500.000 € veranschlagt. Im Prinzip ist dies nichts anderes als eine vorweggenommene Sperre von Mitteln.

#### 4. Finanzhaushalt

Unser Finanzhaushalt teilt sich wie Sie wissen in drei Bereiche auf.

Aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erzielen wir nur noch ein kleines Plus von 71.000 €. Das reicht weder für die Tilgungen und erst recht nicht für die Mitfinanzierung von Investitionen aus. Außer in 2025 sieht es aber 2026 dann wahrlich nicht besser aus, was meiner Meinung nach die Notwendigkeit von wirklichen und greifbaren Konsolidierungs- und Strukturmaßnahmen belegt.

Sehr geehrte Stadträte, Sie wissen auf uns wartet in den nächsten 4 Jahren ein gewaltiges Investitionspaket, aus dem die neue Landergrundschule zweifelsohne herausragt. Den Auszahlungen von 36,7 Mio. € stehen Einzahlungen von nur 13 Mio. €

gegenüber. Mangels Mittel aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und Gelder auf dem Sparbuch und damit meine ich, dass unsere liquiden Mittel sich dem Ende neigen, müssen wir diese Differenz mit massiven Darlehensaufnahmen in Höhe von 20 Mio. € ausgleichen.

Beispielhaft möchte ich jetzt ein paar wenige aber wichtige Investitionen herausgreifen.

Der Umbau und die Erweiterung der Unteren Kelter für die Verwaltungsunterbringung schlägt mit rund 8,2 Mio. € zu Buche. An Fördermitteln aus der Stadtkernsanierung dürfen wir 4,4 Mio. € erwarten. Wir sind alle gespannt auf die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die Ende des Jahres vorliegen wird. Aus meiner Sicht eine kleine Anekdote die die Notwendigkeit hier belegt: Mitte Januar besucht uns die Gemeindeprüfungsanstalt mit 2 Personen für die Finanzprüfung. Ich weiß momentan noch nicht, wie ich die beiden Prüfer adäquat bei uns unterbringen kann, ohne dass Sie in meinem Büro am Katzentisch sitzen.

Der Zuschusstopf für die Sanierung V ist nicht unendlich gefüllt. Deshalb sollten die Zuwendungen für private Maßnahmen deutlich beschränkt werden, damit wir noch ausreichende Mittel für unsere öffentlichen Projekte wie bspw. auch den Umbau des Schießhäusles haben.

Im Teilhaushalt 5 des FG Infrastruktur haben wir kräftig den Rotstift ansetzen müssen. Dabei sind einige Straßenbaumaßnahmen aus dem Zeithorizont bis 2027 herausgefallen. Umgesetzt werden in den kommenden Jahren aber der Vollausbau des Schäferwegs, der Umbau zu barrierefreien Bushaltestellen sowie die Radwegverbindung vom Wasserturm zur Volmarstraße. Zusammen mit dem notwendigen Fahrzeugerwerb brauchen wir Haushaltsmittel in Höhe von 2,5 Mio. € bis 2027. Dazu kommen noch die Ansätze aus den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser.

Die Generalsanierung der Sporthalle 1 nähert sich dieses Jahr dem Ende, sodass wir Anfang Februar die runderneuerte Sportstätte den Schulen und Vereinen wieder übergeben dürfen. Die hierfür veranschlagten Mittel reichen aus, das Projekt zu einem guten Abschluss zu bringen. Über die Bundesförderung für diese Maßnahme in Höhe von 1 Mio. € haben wir uns sehr gefreut. Was aber den bürokratischen Aufwand für die Antragstellung und den Mittelabruf angeht, so ist dies fast schon „unmenschlich“. Angesichts von der Forderung nach Nachweisen, Belegen und Tabellen vermittelt es mir den Eindruck, dass das notwendige Vertrauen in die Kommunen vom Fördergeber nicht vorherrscht.

Bund und Länder verständigten sich 2021, d.h. noch vor der Zeitenwende, auf einen Rechtsanspruch auf die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen. Eigentlich wird das Konnexitätsprinzip, das ja bedeutet wer bestellt der muss auch bezahlen, dahingehend mit der Regelung umgangen, dass im Grunde nach die Landkreise gemäß dem Sozialgesetzbuch zuständig sind, aber bei uns in Baden-Württemberg die Landkreise keine Befugnisse für die Grundschulen vor Ort haben. Damit wurde diese Regelung über Umwege auf die Kommunen übertragen.

Es ist geplant einen Neubau der Landerngrundschule am selben Standort umzusetzen. Mit einem Neubau der Schule geht auch der Ausbau zur Ganztages-

betreuung einher. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf rund 18 Mio. €. Bislang stehen Fördermittel aus der Schulbauförderung und dem Ausgleichstock von 3,8 Mio. € auf der Habenseite. Das ist deutlich zu wenig. Es ist befremdlich, dass 4 Jahre nach der Beschlussfassung des Rechtsanspruchs, das zugesagte Investitionsprogramm 2 ½ Jahre bevor dann der Rechtsanspruch eingeklagt werden kann, immer noch auf sich warten lässt.

Die Länderschule werden wir umsetzen. Aber die anderen Grundschulen müssen erstmal warten, zumal meines Erachtens hier schon sehr gute Betreuungsarbeit für die Grundschüler geleistet wird.

Der neue 6-gruppige Kindergarten Nonnenpfad in Unterriexingen geht über die Jahreswende in Betrieb. Auch hier haben wir das Problem von fehlendem Personal. Als nächste Einrichtung wird der 3-gruppige Kindergarten in der Villa Römer umgesetzt. Die Kosten haben wir mit rund 2,7 Mio. € veranschlagt, die mit Zuwendungen aus der Fachförderung, dem Ausgleichstock und der energetischen Bundesförderung in Summe 1,2 Mio. € gegenfinanziert werden soll. Ein weiterer Kita-Standort befindet sich auf dem Glaserareal unweit der Stadthalle. Hier bedarf es noch der baurechtlichen Voraussetzungen, damit diese Never-Ending-Story endlich zu einem guten Ende gebracht wird. Dieser Prozess ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Stadt.

Im Grund genommen beschäftigen wir uns seit 2015 mit der Unterbringung von geflüchteten Menschen. Neben den Menschen aus der Ukraine, lässt der Zuzug aus den anderen Krisenregionen der Welt nicht nach. Wir müssen jedes Jahr eine große Anzahl von Flüchtlingen in geeignetem Wohnraum unterbringen. Dafür wenden wir 2024 in der Wilhelm-Haas-Straße 2,8 Mio. € und an einem anderen Standort rund 1 Mio. € auf.

Es ist gut, dass Bund und Länder sich auf einen gemeinsamen Beschluss zur Flüchtlingspolitik durchgerungen haben. Es ist auch gut, dass man sich auf eine Pro-Kopf-Erstattung von 7.500 € geeinigt hat, wobei dieser Wert 30 % unter dem bleibt was die Länder als sachgerecht angesehen haben. Letztendlich wird aber wie immer abzuwarten sein, was von diesem Betrag bei uns hängen bleibt, denn dieser Betrag kann nur einmal pro Person verteilt werden.

Die Politik spricht in diesem Zusammenhang von einem atmenden System. Dies wünschte ich mir auch bei vielen anderen Förderungen.

Im Haushaltsentwurf ist unser Anteil für die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses noch als Umlagebetrag von insgesamt 400.000 € dargestellt. Der Zweckverband wird den Eigenanteil von rund 700.000 € nun aber über Darlehen finanzieren, so dass auf die beiden Muttergemeinden nur noch die Zins- und Tilgungsraten entfallen werden. Die neuen Zahlen werde wir Ihnen über die Nachmeldungen vorstellen.

Im THH 10 stellen wir dar, wie wir die Investitionen finanzieren möchten. Mangels liquider Mittel, stehen Darlehensaufnahmen in Summe von 20 Mio. € im Raum. Damit würde aber die Zins- und Tilgungsbelastung auf 850.000 € im Ergebnishaushalt und 1.400.000 € im Finanzhaushalt anwachsen und das für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahre. Wir müssen alles unternehmen um diese Werte nach unten zu korrigieren.

Dazu muss die Ertragskraft des Ergebnishaushalts gestärkt werden, es müssen zusätzliche Zuschüsse generiert werden und wir müssen unsere Prioritäten neu justieren.

Der Haushalt ist der Spiegel unserer Prioritäten – Leider geben diese Prioritäten zum Großteil nicht mehr wir selbst vor. Das machen übergeordnete Institutionen für uns und statten uns dazu nicht einmal mit den notwendigen Finanzmitteln aus. Und das Ganze garniert mit einem regelrechten Strauß von Bürokratie.

## 5. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Zeiten des Klimawandels

Zum Schluss möchte ich sehr geehrte Damen und Herren, ihre Aufmerksamkeit auf ein nicht minder wichtiges Thema lenken.

Die öffentliche Wasserversorgung steht aufgrund der Folgen des Klimawandels vor großen Herausforderungen. Gutes Trinkwasser jederzeit verlässlich zur Verfügung zu stellen, ist mit Blick auf die Zukunft nicht mehr selbstverständlich. Die bereits heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels haben in Baden-Württemberg das Thema Wasser und die oftmals als selbstverständlich erachtete Verfügbarkeit dieser Ressource in das Bewusstsein gerückt. Klimaprognosen bis 2050 zeigen, dass in manchen Teilen des Landes um bis zu 20 Prozent weniger Grundwasser neu gebildet wird. Zudem ist insbesondere im Sommer mit einer deutlichen Temperaturzunahme, längeren Trockenperioden und häufigeren extremen Wetterereignissen wie Starkregen zu rechnen. In Summe ist in Baden-Württemberg zwar nicht mit einem Versorgungsproblem zu rechnen, jedoch sind Wasserdargebot, also das verfügbare Wasser und Wassernachfrage vielerorts ungleich verteilt. Diesen Themen haben sich verschiedene Akteure angenommen.

Der Bund hat dazu eine Nationale Wasserstrategie aufgelegt. Die Nationale Wasserstrategie bündelt erstmals wasserbezogene Maßnahmen in allen relevanten Sektoren wie Landwirtschaft und Naturschutz, Verwaltung und Verkehr, Stadtentwicklung und Industrie. Erstmals sind alle Akteure mit an Bord: Bund, Länder und Kommunen, die Wasserwirtschaft und alle wassernutzenden Wirtschaftsbereiche und Gruppen.

Mit dem Masterplan Wasserversorgung Baden-Württemberg stellt sich das Land gleichfalls diesen Herausforderungen. Er untersucht, wie die öffentliche Wasserversorgung für die Folgen des Klimawandels gewappnet ist und wie sie sich zukunftsfähig aufstellen. Mit dem Masterplan Wasserversorgung Baden-Württemberg erfolgt eine Bestandsaufnahme des IST-Zustands und eine Prognose für 2050 der öffentlichen Wasserversorgung. Das Ziel ist eine zukunftsfähige Wasserversorgung, die Trinkwasser verlässlich, in guter Qualität und zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus hat der Zweckverband Bodenseewasserversorgung, der immerhin rund 4 Mio. Einwohner im Land mit Trinkwasser versorgt, das Projekt „Zukunftsquelle. Wasser für Generationen“ angestoßen. Es handelt sich um ein Milliardenprojekt, mit dem die Anlagen der Bodenseewasserversorgung erneuert, erweitert und gesichert werden sollen.

Neben diesen drei Säulen, müssen wir als Stadt unsere Eigenbetriebe für die Zukunft rüsten. Neben den klassischen Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kommen nun noch die Themen Energie- und Wärmeversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge hinzu.

Als Wahrheit gehört dazu, dass wir alle für diese Leistungen zukünftig deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen. Sie sehen unsere Aufgaben werden nicht weniger, sie nehmen eher zu.

Die Kommunen sind der Ort der Wahrheit, weil Sie der Ort der Wirklichkeit sind. Kommune ist dort wo etwas geht, wo die Wirklichkeit geschieht und für uns alle direkt spürbar und erlebbar ist.

Ich bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und wünsche uns gute Haushaltsberatungen.